

Pressemitteilung

Baugenehmigungen: Keine Besserung in Sicht

Ampel-Aus verschiebt dringend notwendige Entscheidungen

44/24

Berlin, 18.11.2024

„Nach den ersten drei Quartalen des laufenden Jahres müssen wir eine bittere Bilanz für den Wohnungsbau ziehen. Unsere Befürchtungen werden wahr: Der Wohnungsmangel fällt der Regierung vor die Füße. Noch schlimmer: Das Aus der Ampel sorgt dafür, dass dringend erforderliche Entscheidungen um mindestens ein halbes Jahr vertagt werden. Bis zu einem beschlossenen Bundeshaushalt steht die Förderung von Neubau und Sanierung auf der Kippe. Zwar hat sich im September der Genehmigungsrückgang für alle Wohnungen abgeschwächt, eine durchgehende Besserung ist aber nicht in Sicht.“ So kommentiert der Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, Tim-Oliver Müller, die heute vom Statistischen Bundesamt bekanntgegebenen Genehmigungszahlen für den September. Mit nur noch 15.300 Wohnungen im Neu- und Umbau wurde das Ergebnis des Vorjahresmonats um weitere 23,1 Prozent unterschritten (Januar bis September: minus 19,7 Prozent).

Vom anhaltenden Genehmigungsrückgang seien alle Gebäudekategorien gleichermaßen betroffen. Bei Wohnungen in Mehrfamilienhäusern, auf die zwei Drittel des Neubaus entfielen, betrage der Rückgang in den ersten drei Quartalen 21,7 Prozent, das Niveau des Jahres 2022 werde nahezu um die Hälfte verfehlt. Noch etwas schlimmer sehe es im klassischen Eigenheimbau aus. Halte die aktuelle Genehmigungsflaute (Januar bis September: minus 22,9 Prozent) an, würde im Jahr 2024 mit rund 45.000 Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern der bisherige Tiefpunkt seit der Wiedervereinigung (2008) um die Hälfte unterboten, so Müller. „Der Wunsch nach den eigenen vier Wänden rückt damit für breite Schichten der Bevölkerung in immer weitere Ferne“, ergänzt Müller.

Zwar habe die abgetretene Bundesregierung eine Fülle von Maßnahmen zur Belebung der Wohnungsbaukonjunktur auf den Weg gebracht, die aber bisher ohne ausreichende Wirkung geblieben seien. „Am Ende geht es nicht nur um staatliche Förderung, sondern um einen überfälligen radikalen Einschnitt bei hemmenden und baukostentreibenden Normen und Vorgaben von Bund, Ländern und Gemeinden“, so Müller weiter. Die Diskussion um den Gebäudetyp E zeige die Richtung an, die nötige Ausgestaltung müsse aber durch mehr Praxiserfahrung erreicht werden.